

FLASCHENPOST NEWSLETTER

AUSGABE 14/2011

26.05.2011

Ahoi!

Willkommen zum 14. Newsletter der Piratenpartei.

In dieser Ausgabe gibt es wieder aktuelle Neuigkeiten rund um alles was Piraten interessiert. Darunter die neuesten Infos zum Servergate, zur Wahl in Bremen und zur Vorratsdatenspeicherung.

Wir hören und lesen uns!

Eure Flaschenpost-Redaktion

Inhaltsverzeichnis

Bundesnews

Server der Piratenpartei abgeschaltet

Update zum #servergate

13 AKW abgeschaltet

– Das Licht geht noch an

Landesnews

Landtagswahlen in Bremen

Einladung zum Landesparteitag Baden-Württemberg

OB-Casting in Neumarkt i.d. Oberpfalz

Neues aus den Medien

Der neue Entwurf zur Vorratsdatenspeicherung – ein Sargnagel für die informationelle Selbstbestimmung

Piratenwelt

Emanuel Schach zu #servergate (Hintergründe und Beschwerde)

Buchtipp: "Politik zum Selbermachen"

BUNDESNEWS

[Server der Piratenpartei abgeschaltet](#)

GESCHRIEBEN VON: THOMAS HERZOG AM: 20. MAI 2011

Die Server der Piratenpartei wurden heute Vormittag um 9:15 Uhr auf Grund eines Durchsuchungsbefehls auf richterliche Anordnung abgeschaltet.



Foto CC-BY: Tobias M. Eckrich

Davon betroffen sind die Webseite der Piratenpartei Deutschland sowie der Landesverbände Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen und Saarland. Außerdem können die Mailserver, die Mailinglisten, das Piratenpad, der Jabber-Server, das offene Forum und andere IT-Dienste derzeit nicht angeboten werden.

Die BundesIT geht davon aus, dass die Website und die anderen Angebote spätestens morgen wieder online sind.

Nach Angaben der Staatsanwaltschaft Darmstadt richten sich die Ermittlungen nicht gegen die Piratenpartei. Es handele sich vielmehr um ein Rechtshilfeersuchen der französischen Generalstaatsanwaltschaft an die deutschen Behörden, dem diese nachgekommen sind.

Gerüchte und Berichte, dass die Hausdurchsuchung mit der Veröffentlichungen in Zusammenhang mit dem Bayern-Trojaner zum Abhören von Skype-Telefonaten im Jahr 2008 zusammenhängt, treffen nicht zu. Lest dazu auch die offizielle [Stellungnahme des Bundesvorstandes](#).

Die Webseite der [Piraten Bremen](#), die an diesem Wochenende die Bürgerschaft entern wollen, ist weiterhin erreichbar.

Anträge für den Landesparteitag der Piraten in Baden-Württemberg können per Fax unter der Nummer 03222 / 99 80 429 eingereicht werden.

Einen Mirror des Wikis gibt es [hier](#).

Über weitere Entwicklungen halten wir euch auf dem Laufenden.

Update zum #servergate

GESCHRIEBEN VON: SASCHA NEUGEBAUER AM: 21. MAI 2011

Hier die neuesten Updates zur [Beschlagnahmung der Server der Piratenpartei](#): **Update – 21.05.2011 um 10 Uhr**

- Alle von der Piratenpartei Deutschland angebotenen Web-Services laufen wieder. Somit sind auch die beliebten PiratenPads wieder online, die bislang unbestätigten Gerüchten zu Folge vor einem Monat von Unbekannten zur Planung eines Angriffs auf die Webpräsenz eines französischen Energiekonzerns genutzt wurden und somit für das Tätigwerden der Staatsanwaltschaft sorgten. Ein wenig Hintergrundinformation zum Umfang der BundesIT ist im [Flaschenpost-Artikel vom 26. April 2011](#) zu finden.
- Der Bundesvorstand ist gegenwärtig noch mit der Prüfung von Rechtsmitteln gegen die Abschaltung und Beschlagnahmung der u.a. nach Art. 21 GG geschützten Server beschäftigt, da die Abschaltung der gesamten IT-Infrastruktur einen unverhältnismässigen Einschnitt in die Möglichkeiten zur politischen Arbeit der Partei bzw. der Information des Bürgers – insbesondere 2 Tage vor einer Landtagswahl – darstellt. Mit einer offiziellen Stellungnahme hierzu wird im Laufe vom Montag gerechnet.
- Der Bundesvorstand gab gestern Abend um 18 Uhr eine Pressekonferenz in der Bundesgeschäftsstelle in Berlin. Hierzu das Statement von Bernd Schlömer, Stellvertretender Bundesvorsitzender:

[Download als MP3](#)

Die gesamte Pressekonferenz als Podcast:

[Download als MP3](#)

Update – 21.05.2011 um 17 Uhr

- Die Piratenparteien von Deutschland, der Schweiz und Luxemburg haben als Konsequenz aus diesem Vorfall [erklärt](#), dass eine "internationale Verteilung der Infrastruktur der Partei dringend erforderlich ist" und sind nun dabei, eine redundante Technikinfrastuktur aufzubauen.
- Ständig aktuelle Informationen sind darüber hinaus im Wiki zu finden. (<http://wiki.piratenpartei.de/Servergate>)

13 AKW abgeschaltet – Das Licht geht noch an

GESCHRIEBEN VON: REDAKTION AM: 25. MAI 2011

Parteien und Organisationen haben vor der Bremen-Wahl ihre Pläne zum Atomausstieg konkretisiert. Der Rot-Grüne Atomkonsens vor der Laufzeitverlängerung sah einen Atomausstieg um das Jahr 2022 vor. Der Umstieg auf erneuerbare Energieträger erfolgt allerdings schneller als geplant und wurde inzwischen politisch etwas eingebremst. Die Pläne und Aussichten unterschieden sich stark:



- Die **CSU** hat sich am Wochenende auf ihre neue Atompolitik festgelegt und nähert sich diesem Konsens wieder an: Atomausstieg bis **2022**. Ein schnelleres Ende der Kernenergie in Deutschland hält die Partei für unvernünftig.
- Die **CDU** pflichtet dem Atomausstieg bis **2022** bei, ohne sich festzulegen.
- Die **FDP** dagegen hält einen Ausstieg vor **2025** für unmöglich.
- Die **SPD** strebt mit **2020** einen ähnlichen Zeithorizont wie die Union an.
- Die **LINKE** rechnet und kommt dabei auf **2014** als Ausstiegsdatum.
- **Greenpeace** sieht die Schmerzgrenze bei spätestens **2015**.
- Der **BUND** hält einen Ausstieg bis zum Jahr **2012** für umsetzbar, das Öko-Institut hält bei konservativen Betrachtungen 2013 bis 2017 für bequem möglich.
- Die **GRÜNEN** liegen mit ihrer Position "Automausstieg bis **2017**" im Mittelfeld der Forderungen, 5 Jahre hinter dem BUND und 5 Jahre vor der Union.
- Mehrere **Untersuchungen** kommen zu dem Schluss, dass man mindestens **10 Meiler** problemlos **sofort vom Netz** nehmen könnte – und dies auch unbedingt tun sollte.
- Die **PIRATEN** lehnen die Stromerzeugung aus Kernkraft ab. Der Punkt wurde erstmals 2008 in das Programm aufgenommen. Aktuell wird als konkretes Datum "**spätestens 2015**" diskutiert. Die AntiAtomPiraten setzten sich für den schnellstmöglichen Ausstieg ein.

Die alten Meiler

Über den Betrieb der 8 ältesten Kernkraftwerke macht die Union keine Aussage. Hier wird derzeit um die Bedingungen gestritten, nach denen ein Kernkraftwerk vom Netz muss. Dabei möchte man verschiedene kritische Themen, wie etwa Flugzeugabstürze, Terroranschlag, Fehlbedienung oder andere "menschlichen Einflüsse" gerne außen vor lassen.

Ebenfalls strittig ist die Bewertung des Stresstest der RSK zu den Kernkraftwerken. Die Energieriesen haben bereits deutlich gemacht, dass die Ergebnisse der Kommission aus ihrer Sicht rechtlich nicht belastbar sind. Ausserdem prüfte die RSK nur Daten der Selbstauskunft der Kraftwerksbetreiber. Kein einziges Kernkraftwerk wurde vor Ort von unabhängigen Experten untersucht. Allerdings sind wesentliche Mängel der Kernkraftwerke bereits seit Jahrzehnten bekannt, oft Aufgrund von Studien im Auftrag deutscher Regierungsorgane.

Zurück zum Abschalten: Was nach Rechtsexperten wohl kein Problem darstellen würde ist, bereits abgeschriebene Kernkraftwerke per Gesetz abzuschalten, da hier auf jeden Fall die Interessenabwägung zwischen dem Schutz des Eigentums (der geplante erwirtschaftete Gewinn) und dem Allgemeinwohl zugunsten des letzteren ausgelegt werden kann, weil der geplante Gewinn der Betreiber bereits erreicht werden konnte. Damit könnten alle vom Moratorium betroffenen Kernkraftwerke sofort rechtssicher stillgelegt werden.

Stresstest der anderen Art

Tatsächlich sind seit dem Wochenende nunmehr nur noch 4 Kernkraftwerke in Deutschland am Netz. 13 Meiler sind aufgrund des Moratoriums oder aufgrund von Revisionsarbeiten abgeschaltet.

Das Licht geht noch an.

Deutschland ist im Moment ein Netto-Stromimporteuer und bezieht derzeit mehr [Strom aus dem Ausland](#) als exportiert wird. Der Strom kommt vor allem aus Frankreich, das mit 59 AKWs eine Atomstromquote von rund 80% hat. Es stimmt aber auch, dass alleine die RWE am Wochenende noch etwa doppelt so viel Kapazitäten in Deutschland brach liegen ließ, als Deutschland Strom importierte. Das bedeutet, alleine ein einziger der vier Energieriesen hätte den Import unnötig machen können, obwohl 13 Kernkraftwerke abgeschaltet sind. Und das, obwohl am Wochenende nur sehr wenig Windstrom produziert wurde. Wer nun glaubt, unter der Woche müsste es dann doch eng werden, der irrt. Auch am Dienstag hat allein RWE noch mehr Reserven, als Deutschland importiert. Das ist ein Stresstest, der seinen Namen verdient. In Spanien macht man derzeit eine [ähnliche Erfahrung](#). Die Hälfte der Kernkraftwerk-Kapazitäten sind aufgrund von Störfällen vom Netz. Spaniens Kraftwerkspark fängt dies problemlos ab.

Wird Strom ohne Kernkraft teurer?

Der Strompreis an der deutschen Strombörse hat bisher nicht erkennbar auf den Wegfall des als "billig" angepriesenen Stroms aus Kernkraftwerken reagiert. Das liegt unter anderem daran, dass dort in der Regel der teuerste Strom den Preis macht, nicht der günstigste. Davon profitieren AKW-Betreiber besonders, da in deren Betriebskosten die Risikokosten und die Kosten für Entsorgung nicht oder nur in sehr geringem Umfang enthalten sind.

Gebiete, die sich autark mit 100% erneuerbarer Energie selbst versorgen und nicht auf die Energieriesen angewiesen sind, zahlen inzwischen über 28% weniger für ihren Strom. Zum Beispiel versorgen sich die Bürger in [Feldheim](#) zu 100% selbst mit erneuerbarer Energie und bezahlen für ihren Strom 16 ct/kWh. Dabei genießen sie eine 10-jährige Preisgarantie bis 2020. Kunden der RWE bezahlen 22,25 ct/kWh. Der allgemeine Strompreis in Deutschland erhöhte sich im Zeitraum von 10 Jahren um insgesamt 70%, also um durchschnittlich 5,44% pro Jahr. Wenn also in 2020 Feldheim immer noch 16 ct/kWh bezahlt, zahlen RWE-Kunden 35,84 ct/kWh, also 124% mehr – wenn alles weiter gehen würde, wie bisher.

Wir können schnell abschalten – wenn wir wollen!

Der Stresstest "Moratorium + Revision", der zum gleichzeitigen Abschalten von 13 Kernkraftwerken in Deutschland geführt hat, beweist:

Ein schnelles Abschalten der Kernkraftwerke ist möglich!

- Ausstiegsszenarien bis 2012 oder 2014 sind keine Hirngespinnste, sondern real möglich.
- Deutsche Kernkraftwerke haben keine Auswirkungen auf den Strompreis in Deutschland.

Mehr zum Thema:

- [Die Hälfte der Kernkraftwerke in Spanien abgeschaltet](#), Telepolis
- [Auswirkungen des Kernkraftwerk-Moratoriums auf die Übertragungsnetze und die Versorgungssicherheit](#), (PDF) Bundesnetzagentur
- [Öko Institut e.V.](#) Schneller Ausstieg aus der Kernenergie in Deutschland. Kurzfristige Ersatzoptionen, Strom- und CO2-Preiseffekte. Ergebnis: Abschalten bis 2015 möglich, bei konservativer Betrachtung
- [Lüchow-Dannenberg versorgt sich zu 100 % mit eigener Energie](#)

Autor: [Anti Atom Piraten](#), Jürgen Stemke

LANDESNEWS

Landtagswahlen in Bremen

GESCHRIEBEN VON: PATRICK RATZMANN AM: 24. MAI 2011

Am Sonntag wurde in Bremen und Bremerhaven gewählt. Das vorläufige Endergebnis ist [hier](#) zu finden. Erstmals gibt es die „große Koalition“ in den Farben Rot-Grün, da die GRÜNEN vor der CDU/CSU gelandet sind. Die Koalition zwischen der SPD und den GRÜNEN wird also auch weiterhin fortbestehen, da sich beide im Vorfeld bereits auf eine weitere Zusammenarbeit festlegten.

Die FDP ist nicht mehr im Landtag vertreten und befindet sich nahe dem Bundestrend bei 2,4%, weit weg von der 5%-Hürde. Die LINKE hat den Einzug mit 5,7% nur knapp geschafft, ob die BIW „[Bürger in Wut](#)“, eine in Bremen gegründete „bürgerlich-konservative Bewegung“ (Quelle: BIW-Homepage), die 5%-Hürde schafft ist derweil noch ungewiss, da die Zahlen noch schwanken. Aktuell (Stand 12:18 Uhr) hat sie 4,08% der Stimmen erreicht.

Die Piraten in Bremen erreichten mit 2,0% der Stimmen ein solides Ergebnis und erlangten sogar mehr Listenstimmen als die FDP.

Eine genauere Wahlanalyse mit den Spitzenkandidaten Erich Sturm und Mario Tants ist im Rahmen eines exklusiven Flaschenpost-Interviews geplant. Hier werden wir uns mit beiden Kandidaten noch einmal über den Wahlkampf, das Ergebnis und die damit verbundenen Themen unterhalten.

Zuletzt sei die extrem niedrige Wahlbeteiligung von ca. 54% zu erwähnen. Es konnte allem Anschein nach keine der Parteien den Nichtwählerstamm mobilisieren. Erstmals durften auch Wähler ab 16 Jahren ihre Stimmen (5 an der Zahl) abgeben, hier sollen die Piraten bei 7% (Quelle: Infratest dimap) gelegen haben.

Das amtliche Endergebnis wird erst für Mittwoch erwartet. Bis dahin kann es noch zu Stimmverschiebungen infolge der nun möglichen Stimmaufteilung der insgesamt 5 Stimmen der Wähler auf einzelne Kandidaten kommen ([Panaschieren](#) bzw. [Kumulieren](#)).

Einladung zum Landesparteitag Baden-Württemberg

GESCHRIEBEN VON: MARTIN WAIBL AM: 22. MAI 2011

Am 04.06.2011 findet in der Stadthalle [Kehl \(am Rhein\)](#) der Landesparteitag 2011.1 des LV Baden-Württemberg statt.

Bei diesem Parteitag findet die Neuwahl des kompletten Vorstands sowie die Abstimmung über verschiedene Anträge zu Satzung, Programm und Sonstigem statt. Eine Kandidatenliste, die Antragsfabrik, einen Anfahrtsplan sowie die Seiten für die Anmeldung und das Piratencamp findet ihr übersichtlich verlinkt auf der [Wikiseite zum Landesparteitag](#).

Alle Teilnehmer werden gebeten, sich dort vorab einzutragen, um der Orga die Planung zu erleichtern.

OB-Casting in Neumarkt i.d. Oberpfalz

GESCHRIEBEN VON: MARTIN WAIBL AM: 22. MAI 2011

Die heiße Phase beim Bewerbercasting in [Neumarkt in der Oberpfalz](#) hat nunmehr begonnen. Bis zum 28.05.2011 besteht noch die Möglichkeit, seine Bewerbung für den Posten des Oberbürgermeisters einzureichen. Dazu füllt man zunächst nur einen Online-Fragebogen aus. Die Ausarbeitung der Bewerbung findet dann im Anschluss nach Absprache mit dem Casting-Team der Piratenpartei statt. Bewerber sollten natürlich einige Grundvoraussetzungen mitbringen:

- Der Kandidat muss deutscher Staatsangehöriger, mindestens 21 und höchstens 65 Jahre alt sein.
- Nicht wählbar ist, wer aufgrund bestimmter Straftaten nicht wählbar ist oder nachweisbar dienstunfähig ist.
- Natürlich sollte der Bewerber eine entsprechende fachliche Befähigung mitbringen (Kenntnisse der Verwaltungsabläufe) und über Führungsqualitäten verfügen.

Eine Parteimitgliedschaft bei den Piraten ist allerdings nicht unbedingt erforderlich. Nähere Infos zu den Voraussetzungen und dem Bewerberverfahren im Allgemeinen sind auf der [Webseite der Piraten Neumarkt](#) zu finden.

NEUES AUS DEN MEDIEN

Der neue Entwurf zur Vorratsdatenspeicherung – ein Sargnagel für die informationelle Selbstbestimmung

GESCHRIEBEN VON: PATRICK RATZMANN AM: 26. MAI 2011

Nachdem das Bundesverfassungsgericht im Mai 2010 schon einmal die entworfene Praxis zur [Vorratsdatenspeicherung gekippt hat](#), war die Regierung nun gezwungen ein verbessertes Konzept, das nicht gegen die europäische Grundrechte-Charta verstößt, auszuarbeiten und vorzulegen.

Nun steht die Bundesregierung, federführend durch Innenminister Friedrich, kurz vor Veröffentlichung ihres neuen Entwurfs. Darin wird gefordert, dass die anlass- und verdachtsunabhängige Vorratsspeicherung all unserer Telefon- und Internet-Verbindungs- und Standortdaten für 6 Monate vorzulegen ist. Nachdem auch das Bundesjustizministerium, besonders Frau Leuthäuser-Schnarrenberger, gegen eine solche Datenspeicherwut zunächst immer Einspruch einlegte, scheint selbst in der FDP kaum noch Gegenwind gegen einen solchen Gesetzesentwurf zu geben. Er wird nun mit einem [Eckpunktepapier](#) sogar unterstützt. Auch die SPD setzt sich inzwischen deutlich positioniert für eine solche umfangreiche Speicherung ein. Darin enthalten wären alle Daten aus Telefonaten, Browseraktivitäten, Emails oder Verbindungsprotokollen und Aktivitäten, sowie die Aufzeichnung der Bewegungen durch Handynetze und Funkzellen, welche dann die Möglichkeit geben ein komplettes Bewegungsprofil zu erstellen. Dies könnte dann mit weiteren Daten (sozialen Netzwerken, Emailkorrespondenz) beliebig abgeglichen werden. Was dies bedeuten kann, hat Malte Spitz als Onlineredakteur anhand seiner Daten auf eine sehr ernüchternde Weise [visualisiert](#).

Dies würde nun also bedeuten, dass nach dem Vorschlag der verantwortlichen Ministerien die Strafverfolgungsbehörden Internetnutzer noch nach Tagen (bis zu sieben Tage lang) ermitteln dürfen, und zwar "für die Aufklärung aller Straftaten" und das ohne richterliche Prüfung oder Genehmigung. Erlaubt wäre zudem ein vorab initiiertes Datenzugriff ohne begründeten Tatverdacht und Zugriffe durch inländische und ausländische Geheimdienste (§ 113 TKG), denn selbst an 29 ausländische Staaten, einschließlich der USA, könnten diese Daten dann auf Anfrage herausgegeben werden. Hier wird sehr schnell deutlich, welche Auswirkungen eine solche Erfassung und Verknüpfung der Daten haben kann und

welches Missbrauchspotential hier schnell „orwell´sche Zustände“ schaffen wird. Derzeit werden nur abrechnungsrelevante Daten gespeichert, bei Flatrate-Tarifen oder anderen Pauschalabrechnungsmodellen geben selbst diese nur sehr dürftig Auskunft über die Verbindungsdaten.

Auch dieses Modell scheint erneut ein grober Verstoß gegen die in der Menschenrechtscharta der EU hinterlegte informationelle Selbstbestimmung und das Recht auf Privatsphäre zu sein. Hier werden Mechanismen geschaffen um Vertraulichkeit in Berufen oder Aktivitäten klar einzuschränken, es wird eine Bevormundung gegenüber „klassischen“ Kommunikationsmedien wie dem Briefverkehr noch verstärkt oder die Privatsphäre einer fiktiven Notwendigkeit zur Erfassung gegenübergestellt. Zudem scheint nicht einmal erwiesen, dass derartige Maßnahmen die oft angeführte Notwendigkeit zur besseren „Terrorismusbekämpfung“ oder „Abwehr von Straftaten“ gewährleisten. Selbst nach Einschätzung EU-weit operierender Behörden scheint eine solch groß angelegte Speicherung der Daten weder verhältnismäßig noch ergiebiger im Blick auf das Ergebnis. Ein [Gutachten des wissenschaftlichen Dienstes](#) des Bundestags vom April diesen Jahres unterstützt genau diese Behauptung, und zwar dass diese Richtlinie überhaupt nicht mit der europäischen Grundrechte-Charta zu vereinbaren ist. Der Europäische Gerichtshof wird nicht vor 2012 über die Gültigkeit der Richtlinie in Bezug auf die flächendeckende Vorratsdatenspeicherung entschieden haben. Derzeit läuft erneut eine [Petition gegen einen oben geschilderten Gesetzesentwurf](#), hier könnt ihr noch bis zum **27.05.2011** mitzeichnen. Weitere Informationen findet ihr unter anderem auch auf der Website [Vorratsdatenspeicherung.de](#)

Quellen:

[netzpolitik.org](#) – [vorratsdatenspeicherung.de](#) – [campact.de](#) – [zeit.de](#)

PIRATENWELT

[Emanuel Schach zu #servergate \(Hintergründe und Beschwerde\)](#)

GESCHRIEBEN VON: ANDREAS HEIMANN AM: 24. MAI 2011

Unter diesem Hashtag machte am vergangenen Freitag ein bemerkenswerter und vermutlich auch bislang einzigartiger Vorgang in der Twitter-Gemeinde die Runde: In den Räumen der Fa. aixIT GmbH in Offenbach am Main fand eine Durchsuchung statt. Grundlage war ein entsprechender Beschluss des Amtsgerichts Darmstadt vom 19.05.2011, der neben der Durchsuchung die Beschlagnahme einer nicht näher definierten Anzahl von Festplatten unbekannter Speichergröße zur Domain „piratenpad.de“ sowie den dort gespeicherten Daten zu einer bestimmten IP anordnete. Verantwortlicher Betreiber der besagten Domain: die Piratenpartei Deutschland. In Ausführung dieses Beschlusses waren Polizeibeamte am Freitag bei der aixIT GmbH aufgeschlagen und hatten sämtliche dort gehosteten Server der Piratenpartei – und nicht nur die, auf denen das Piratenpad läuft – vom Netz genommen.

Anlass für diese Aktion soll laut besagtem Durchsuchungsbeschluss ein Vorfall aus der Zeit vom 20. bis 23. April – also exakt einen Monat zuvor – sein, bei dem Unbekannte einen 14-stündigen sog. [DDoS-Angriff](#) auf die Website des französischen Elektrizitätsgesellschaft Électricité de France (EDF) gefahren haben sollen, in Folge dessen diverse Subdomains der Hauptseite für die Zeit des Angriffes nicht erreichbar gewesen sein sollen.

Durch „open-source-Recherchen“ hätten die französischen Ermittler dann Hinweise auf die Seite <http://piratenpad.de> der Piratenpartei Deutschland erhalten, wo das Bundeskriminalamt Wiesbaden zahlreiche Links zu weiteren Seiten mit Erläuterungen zur Gruppe der Angreifer, Darstellungen mit Aufforderungen zu weiteren solcher Angriffe auf andere Websites und Informationen zur EDF gesichtet habe. Man vermutete nun auf dem

Server "piratenpad.de" weitere Informationen, die u.a. zur Identifizierung der Täter führen könnten.

Aufgrund einer unterstellten Flüchtigkeit von Daten im Internet und der daraus abgeleiteten Gefahr des Verlustes der für die französischen Ermittler eventuell wichtigen Daten, sah es das Gericht zudem für erforderlich an, aufgrund eines lediglich angekündigten aber noch nicht vorliegenden justiziellen Rechtshilfeersuchens der französischen Behörden eine Vorabsicherung vorzunehmen und die Speichermedien zu beschlagnahmen. Abgerundet wurde das ganze mit dem Hinweis, dass in Deutschland keine rechtliche Verpflichtung eines Providers bestehe, eine solche Vorabsicherung ohne richterlichen Beschluss vorzunehmen.

Mit Schriftsatz vom 20. Mai 2011 habe ich für die Piratenpartei Deutschland Beschwerde gegen diesen Durchsuchungsbeschluss eingelegt mit dem Ziel, den Beschluss für unzulässig erklären, die Löschung der so gewonnenen Daten anordnen und die Rechtswidrigkeit des Beschlusses feststellen zu lassen.

Der gesamte Beschluss ist aus meiner Sicht schon deshalb ein starkes Stück, weil hier sehenden Auges ein Großteil der Kommunikations- und Arbeitsinfrastruktur einer Partei komplett lahmgelegt wurde, ohne dass sich das anordnende Gericht auch nur mit einem einzigen Satz mit dem besonderen Schutz, den [Art. 21 GG](#) Parteien und damit auch der Piratenpartei Deutschland gewährt, auseinandersetzt. Was für mich bedeutet: Das Amtsgericht Darmstadt hat sich vor bzw. bei Erlass des Beschlusses mit dieser Frage auch überhaupt nicht befasst. Dass sich diese Rechtsfrage indes aufdrängen musste, hat der Kollege Vetter in seinem [Lawblog](#) sehr gut dargestellt.

Was die Frage aufwirft: Was genau hat das Amtsgericht denn geprüft, bevor es den beantragten Beschluss erlassen hat? Hat es überhaupt etwas geprüft oder den Antrag im Vertrauen, dass das wohl alles seine Ordnung haben wird, unterschrieben?

Eine schlimme Vorstellung, aber der gesamte Beschluss lässt genau dies fürchten. Schon der Umfang der angeordneten Beschlagnahme müsste im Rahmen einer Prüfung dem Gericht doch Anlass zum Nachdenken geben. Nach der Rechtsprechung muss eine Beschlagnahmeanordnung so genau formuliert sein, dass zweifelsfrei erkennbar ist, was beschlagnahmt werden soll. Eine nur allgemein gehaltene Anordnung wie z.B. „alle aufgefundenen Beweismittel“ reicht danach nicht aus. Der Beschluss des AG Darmstadt ist aber bedenklich allgemein gehalten, weil er anordnet, dass eine unbekannte Anzahl von Festplatten mit unbekannter Speichergröße beschlagnahmt werden sollen. Theoretisch lässt der Beschluss damit zu, dass die gesamte dort gehostete IT der Piratenpartei beschlagnahmt werden könnte.

In Folge dessen steht zu fürchten, dass es nun zu einem „Beschlagnahmeexzess“ gekommen ist. Was leider kein Einzelfall sein dürfte, über das gleiche Problem hatte ich [schon einmal berichtet](#).

Bemerkenswert ist auch, mit welchem Selbstverständnis sich das Gericht über den Umstand hinwegsetzt, dass noch nicht einmal ein offizielles Rechtshilfeersuchen der französischen Behörden vorlag. In vorausseilendem Gehorsam konstruiert man eine Art Gefahr im Verzug und behauptet lapidar, die Daten seien im Netz flüchtig. Wohlgemerkt: Der Beschluss datiert fast taggenau einen Monate nach dem verfahrensgegenständlichen DDoS-Angriff! Aufgrund welcher konkreten Erkenntnisse man zu fürchten glaubt, gerade jetzt würden die Daten verschwinden, wird nicht erwähnt. Vermutlich, weil es sie nicht gibt. Auch hier drängen sich Zweifel auf, ob das Gericht seiner gesetzlichen Prüfungspflicht nachgekommen ist.

Zudem frage ich mich, warum man den Vorstand der Piratenpartei nicht um die gewünschten Daten gebeten hat. Erkennbar besteht weder gegen die Piratenpartei noch gegen die Mitglieder des Vorstandes der Verdacht, an den Attacken beteiligt gewesen zu sein. Als demokratische Partei mit den [Kernzielen „Erhalt der Bürgerrechte und des Rechtsstaates“](#) kann die Partei auch nicht unter dem Generalverdacht stehen, sie stünde

polizeilichen Ermittlungen derart negativ gegenüber, dass man diese gezielt behindern würde. Statt einer Erörterung dieses Problems findet sich sinnigerweise lediglich der Hinweis auf die in Deutschland fehlende Verpflichtung des Providers, ohne gerichtlichen Beschluss die begehrten Daten herauszugeben.

Spätestens hier reibt sich jeder mit urheberrechtlichen Streitigkeiten nicht ganz unvertraute Jurist die Augen: In den Massenabmahnverfahren ist es an der Tagesordnung, dass Provider per einstweiliger Verfügung verpflichtet werden, IP-Daten nicht zu löschen sondern Wochen später aufgrund weiterer gerichtlicher Verpflichtung zusammen mit den angeblichen Inhaberdaten herauszugeben. Sollte tatsächlich den Staatsanwaltschaften verwehrt sein, was der Rechteverwerter tagtägliches und tausendfaches Brot ist? Ein einfacher Beschluss, der die Piratenpartei verpflichtet hätte, die besagten Daten nicht zu löschen und anschließend in aller Ruhe und ohne dass es des Abschaltens sämtlicher Server bedurft hätte herauszuverlangen, soll nach deutschem Recht nur rechterevertenden Großkanzleien nicht aber den Staatsanwaltschaften möglich sein? Es zeigt sich: Der Beschluss ist im wahrsten Sinne des Wortes "maßlos" und verstößt gegen das Übermaßverbot. Jede Ermittlungsmaßnahme muss im Verhältnis zum angestrebten Ziel stehen. Die Ermittlungsbehörden durften nicht auf Millionen von Daten und Dateien zugreifen, nur um ein vorher wohl schon bekanntes Pad und die dazugehörigen Daten zu erhalten.

Oder hat man auch hier wieder auf "Zufallsfunde" spekuliert?

Mit der Erlaubnis von Emanuel Schach aus dessen Blog recht-merkwuerdig.blogspot.com kopiert.

Buchtip: "Politik zum Selbermachen"

GESCHRIEBEN VON: REDAKTION AM: 23. MAI 2011

Schimpfen kann jeder über „die Politiker“. Doch wie kommt man als interessierter Mensch über das Wutbürger- und Stammtischparolen-Niveau hinaus? Wie geht Politik eigentlich? Wo gibt es eine Bedienungsanleitung zur Demokratie? Das Suchen hat ein Ende, meint Eva Leipprand. Mit dem Taschenbuch „Politik zum Selbermachen“ bietet die erfahrene grüne Kommunalpolitikerin den leichtverständlichen Wegweiser vom Infostand in den Rathaussaal.

Gleich zum Start wird der Leser mitgenommen auf eine handfeste Tour durch die Untiefen des politischen Geschäfts: „Heute Morgen beim Zeitungslesen hast du dich wieder einmal aufgeregt. Was machen die doch für einen Mist in der Politik! Sie fahren den Karren an die Wand, und unsereins muss es ausbaden. Und kann nichts dagegen tun!“

In 22 Lektionen erfährt der Leser Grundlegendes und scheinbar unwichtige Kleinigkeiten. Zum Schluß jeder Lektion gibt es eine Frage. In der schlußendlichen Auswertung erfährt der Politikaspirant, ob er eher der Typ „hoffnungsloser Idealist“ oder „eiskalter Machtpolitiker“ ist.

Lektion für Lektion räumt die Autorin auf mit Illusionen. Der Politiker gehört zu den unbeliebtesten Leuten überhaupt. Der Rückzug auf einen Standpunkt der Bescheidenheit ist nicht gestattet. Am Straßenwahlkampf führt kein Weg vorbei. Wer ein öffentliches Amt innehat, ist keine Privatperson mehr.

Wegen solcher klaren Ansagen muß man dieses Büchlein lieben. Jedem, der sich fragt, ob und wie er sich diese aufreibende Freizeitbeschäftigung antun soll, wird diese 171 Seiten mit Gewinn lesen.

Eva Leipprand: Politik zum Selbermachen. Suhrkamp. Taschenbuch, 11,95€, ISBN 3518462687

Autor des Artikels: Stefan Müller unter [CC-o](https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/) veröffentlicht.

Impressum:

Redakteure der Flaschenpost:

Michael Renner, Andreas Heimann, Patrick Ratzmann,
Julian Joeris, Meike Martin, Manele Roser, Martin Waibl,
Max Brauer, Thomas Herzog, Gefion Thürmer

Feedback? Bitte an redaktion@flaschenpost.piratenpartei.de

Sie bekommen diese E-Mail, weil Sie den Bundesnewsletter
der Piratenpartei abonniert haben. Möchten Sie diesen Newsletter
abbestellen, befolgen Sie einfach die nötigen Schritte auf folgender Seite:
<https://service.piratenpartei.de/mailman/listinfo/newsletter>

FÜR DIESEN NEWSLETTER IST VERANTWORTLICH DIE
PIRATENPARTEI DEUTSCHLAND VERTRETEN DURCH *GEFION THÜRMER*
PFLUGSTRASSE 9A - 10115 BERLIN
E-MAIL: GESCHAEFTSSTELLE (AT) PIRATENPARTEI.DE - FAX: 030/27596805